

Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

Michael Sommer

- Das Thema „Bürgergesellschaft“ wurde von der Regierung zwar prominent auf die Agenda gesetzt dann aber nicht weiterverfolgt.
- Von Beginn an wurden im Diskurs die sozialen Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements unterbelichtet.
- Die Zerstörung der Grundlagen der Bürgergesellschaft ist sogar billigend in Kauf genommen worden.
- Entgegen aller Verlautbarungen der Politik ist die Bürgergesellschaft zum Ausfallbürgen für Sozialabbau geworden.
- Die Bürgergesellschaft kann aber nicht ausgleichen, was der Sozialstaat versäumt.

Nachsteuern ist notwendig

Die „Bürgergesellschaft“ scheint als Thema der Politik und der damit verbundenen medialen Öffentlichkeit den Zenit ihrer politischen Hochkonjunktur überschritten zu haben. Dabei wurde die Thematik mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün prominent auf die Agenda gesetzt. Die Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages hat nach zweijähriger Arbeit im Juni 2002 ihren umfangreichen Bericht vorgelegt. In diesem Bericht wird das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland detailliert ausgeleuchtet, und es wird ein umfangreicher Katalog von re-

formpolitischen Empfehlungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorgelegt, der von Entbürokratisierung über stiftungsrechtliche Aspekte bis hin zu Versicherungsfragen reicht. Auf diese Weise sollten Hinweise gegeben werden, wie Gelegenheitsstrukturen geschaffen, Hindernisse für Engagement beseitigt und Aktivitätswünsche unterstützt werden können.

Doch weder die Agenda 2010, noch die Regierungserklärung des Kanzlers vom 25. März 2004 haben des Thema weiterverfolgt. Im Bundesfamilienministerium wurde die Arbeitsgrup-

pe Engagementpolitik aufgelöst. Sowohl der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, der erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in der Folge einer Enquête-Kommission eingesetzt wurde, ebenso wie das im selben Zusammenhang ins Leben gerufene „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)“ mühen sich seither redlich mit konkreten technischen Fragen zur Engagementförderung.

Man könnte diese heutige Situation deuten als **Abschlussphase einer politischen Ansage, die ihren Kurswert verloren hat**. Ich sehe eher einen Stillstand, der von Anfang an in der **politischen Verengung des Themas** begründet lag: Beide Koalitionsparteien haben im Bericht der Enquête-Kommission bei ihren Zugängen zum bürgerschaftlichen Engagement Bezug genommen auf zivilgesellschaftliche Diskurse. Wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen, wurden die Chancen der Zivilgesellschaft zur gesellschaftli-

Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

chen Integration vor dem Hintergrund von Individualisierung und Globalisierung diskutiert und notwendige Voraussetzungen dazu benannt. **Da bei ist ein wichtiger Bereich unterbelichtet geblieben: Die sozialen Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**. Dieses Ausblenden kennzeichnet den gesamten Bericht, bei der Bestandsaufnahme wie bei den Empfehlungen. Das ist folgenreich für die heutige Engagementpolitik, weil mit dem Endbericht der Enquête-Kommission den weiteren Diskussionen eine Richtung gegeben wurde, die ich für dringend korrekturbedürftig halte. Denn wichtige gesellschaftspolitische Fragen sind in den bisherigen Diskussionen ausgeblendet geblieben. **Das Thema hat eine stark entpolitisierte Form bekommen. Und es fehlen weitgehend Anknüpfungen an die aktuellen Themen der Politik**.

Im folgenden spreche ich einige Fragen an, die die Bürgergesellschaft zentral betreffen und dringend weitere öffentliche Diskussionen verdienen.

Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

Ich will nicht bestreiten, dass Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche, Fahrtkosten und Versicherung, Stiftungsrecht und Ähnliches verbesserte Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Doch während an der Lösung derartiger Probleme gearbeitet wurde, ist zugleich von der Politik, die inzwischen „Fordern statt Fördern“ zu ihrem Credo machte, das **Austrocknen oder die Zerstörung von Grundlagen der Bürgergesellschaft billigend in Kauf genommen oder sogar angestrebt worden**. Ich verkenne nicht, dass hier die Wirtschaft drängt, die zwar gerne jeden Standortvorteil und jede Subvention mitnimmt, aber zugleich mit dem ideologischen Verweis auf den internationalen Wettbewerb kontinuierlich auf die Umverteilung von unten nach oben hinarbeitet.

Bürgergesellschaft gibt es nicht voraussetzungslos. Als eigenständige gesellschaftliche Sphäre neben Staat, Markt und Familie ist die **Bürgergesellschaft vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sich in ihr Bürgerinnen und Bürger auf gleicher Augenhöhe freiwillig begeben**.

Mindestlohn

Faktisch werden wir ab 2005 Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse haben, wenn Arbeitslosengeld (ALG) II und verschärfte Zumutbarkeitsregelungen greifen. Wenn Menschen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in die Armut fallen und jede Beschäftigung unter Qualifikation und weit unter Tarif annehmen müssen, ist es mit der Würde des Einzelnen nicht mehr weit her.

Es geht hier nicht um das Argument, dass bürgerschaftliches Engagement Ressourcen braucht, sondern es geht um die gleiche Augenhöhe, die den Betroffenen genommen wird, wenn sie zu Unzumutbarem nicht mehr „nein“ sagen können. Ich bleibe hier bei der gewerkschaftlichen Grundüberzeugung, dass geeignete Sicherungen den Menschen diese Würde (und eine materielle Grundausstattung) garantieren müssen.

Soziale Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Inzwischen hat sich weitestgehend die Auffassung durchgesetzt, **das bürgerschaftliche Engagement Erwerbsarbeit nicht ersetzen kann.** Auch der Bericht der Enquête-Kommission ist dieser Auffassung gefolgt. ABM und SAM haben, rückblickend betrachtet, eine Art Bürgergeld gebildet, mit der gemeinnützige Arbeiten geleistet wurden. Das gilt auch für Beschäftigungsgesellschaften. Alle diese Förderstrukturen wurden oder werden weitestgehend zugunsten eines Marktes, der vorgeblich alles besser richten können soll, zurückgefahren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation sollte die Politik hier ihre Lektorientierung neu justieren.

Ich könnte mir außerdem vorstellen, verstärkt über Möglichkeiten nachzudenken, Erwerbslose durch bürgerschaftliches Engagement in soziale Zusammenhänge zu integrieren, soziale Kompetenzen zu erhalten etc. Voraussetzung dazu ist strikte Freiwilligkeit. Ich halte nichts von Vorschlägen, die eine Grundfinanzierung mit dem Zwang zum „bürgerschaftlichen Engagement“ verbinden. Hier sollte über die Institutionalisierung einer Struktur nachgedacht werden, die sowohl Erwerbslose, als auch Träger informiert und vermittelt. Ich denke dabei an inhaltlich sinnvolle Tätigkeiten, die sich die Erwerbslosen selbst auswählen könnten. Ge-

Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

meinnütziges Müllaufsammeln hat noch niemanden sozial oder beruflich reintegriert. Sofern es die Haushalte nur irgend zulassen, sollte ein solches freiwilliges Engagement mit einer finanziellen Gratifikation zusätzlich zu ALG II oder Sozialhilfe verbunden werden.

Bürgergesellschaft als Ausfallbürge

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz ist es doch so gekommen, dass von der Bürgergesellschaft mehr und mehr erwartet wird, sie solle als **Ausfallbürge für Sozialabbau** herhalten. Eine Entwicklung dieser Art muss man heute nicht mehr befürchten, weil das Befürchtete längst eingetreten ist. Dies gilt es umzukehren, wenn die Bürgergesellschaft nicht nur ein modisches Schlagwort sein soll. Einen Anfang dazu werden wir mit der Tagung „Lokale Bündnisse und bürgerschaftliches Engagement“ im Herbst 2004 machen.

Armut

In diesem Zusammenhang halte ich die Armut, die gerade mit der Einführung von ALG II und den neuen Zumutbarkeitsregelungen viele Menschen treffen wird, für ein dringendes Problem, das nicht länger verdrängt werden darf. Mehr als 1,5 Millionen Kinder werden ab dem nächsten Jahr auf Sozialhilfeniveau leben müssen. Wie stellt sich die Bürgergesellschaft zu der Tatsache, dass die gesellschaftlichen Ungleichheiten immer stärker zunehmen, materieller Wohlstand, Bildung und Zukunftschancen immer stärker auseinanderdriften und für viele unerreichbar werden? **Ich meine, dass die europäische Form der Bürgergesellschaft sich auf Basis großer sozialer Ungerechtigkeiten nicht weiterentwickeln lässt. Die Bürgergesellschaft kann nicht ausgleichen, was der Sozialstaat versäumt.**

Kommunalfinanzen

Auch für die Kommunalfinanzen gilt: Weil inzwischen vor allem aufgrund der Unternehmenssteuerreform in den Kommunen fast überall Schmalhans Küchenmeister sein muss, können Kommunen kaum noch freiwilligen Aufgaben übernehmen. Darunter leidet das ganze bürgerschaftliche Engagement. Das muss sich ändern!

Corporate Social Responsibility

Wir tun uns und dem bürgerschaftlichen Engagement keinen Gefallen, wenn wir weiterhin an harmonisierenden Gesprächsstrategien festhalten, die die Wirtschaft, was „Corporate Citizenship“ betrifft, mit der Verlockung von Win-Win-Situationen zum Jagen zu tragen versuchen. Bisher sind selbst diese vorsichtigen Gesprächsangebote von den Unternehmensverbänden mit dem Verweis auf „**Freiheit und Verantwortung**“ beantwortet worden. Gemeint war damit: **gebt uns Freiheit, dann übernehmen wir vielleicht Verantwortung**, beantwortet worden. Typisches Beispiel dieser Argumentationsfigur ist das Verhalten der Wirtschaft zur Ausbildungsabgabe: Nur bei Enthaltensamkeit des Gesetzgebers sei

man bereit, über freiwillige Regelungen nachzudenken. Die Wirtschaft denkt im Zeitalter hochmobiler Geldströme in Quartalsabschlüssen. Die Zyklen, innerhalb derer in den Bilanzen Erfolge verkauft werden, sind noch kürzer als in der Politik, bei der es immerhin um Zyklen bis zu den nächsten Wahlen geht. Aus der Sicht der Bürgergesellschaft ist es deshalb alternativlos, Corporate Social Responsibility einzufordern und neue, im wesentlichen internationale Regelungen zur Einhegung des Kapitalismus zu finden. Die negativen Auswüchse der ökonomischen Globalisierung, wie Lohndumping, unzumutbare Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit, lassen sich nur international korrigieren. **Es kann nur im Interesse der Regierungen sein, wenn die internationale Bürgergesellschaft solche Formen der Regulierung in Form von Corporate Governance anstrebt und Änderungsdruck ausübt, denn der standortbezogene Unterbietungswettbewerb ist jetzt schon in seinem ruinen Stadium angekommen.** Auch die Gewerkschaften werden dazu mit ihren bestehenden internationalen Strukturen, die in Zukunft stärker genutzt werden müssen, ihren Beitrag leisten.

Innovation und Eigenverantwortung

Innovation ist eines der neuen politischen Schlagwörter. Die Initiative „Partner für Innovation“ arbeitet derzeit an Skizzen für Leitbilder. In solchen ersten Skizzen kann man lesen, wie Arbeits- und Lebenswelt in der Zukunft zueinander rücken, dass Familie und soziale Beziehungen Quelle der Inspiration werden sollten. Bildung und Wissenserwerb beschränken sich dann nicht mehr auf gewisse Lebensabschnitte. Auch im lebensweltlichen Bereich sollten Innovationsbeispiele gefunden werden, beispielsweise bei

privat organisierter Kinderbetreuung oder in sinnstiftenden Lebensentwürfen von Senioren. Neue soziale Arrangements sollen gefunden werden, um Kreativität und Lebensqualität zu steigern. Die Menschen müssten stärker als Innovationsträger aktiviert werden. Damit ist die Anforderung verbunden, individuelle Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zu entwickeln. Dies sollte entscheidend sein für Innovation als gesamtgesellschaftliches Anliegen. Andernfalls, so wird skizziert, würden sich Tei-

le der Bevölkerung „abkoppeln“. Die Chance wird gesehen, die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürger zu reorganisieren. Der Staat könnte sich zurückziehen, die Bürger füllen die entstehenden Handlungsspielraum eigenverantwortlich aus. Weniger Staat könnte so nicht als weniger Sicherheit, sondern als Zugewinn an Freiheit und Handlungskompetenz verstanden werden.

Die Bürgergesellschaft als ein wertorientiertes Konzept

In all diesen und weiteren Fragen wäre es dringend erforderlich, dass die Bürgergesellschaft sich zu Wort meldet. Denn die Bürgergesellschaft erschöpft sich eben nicht im Abarbeiten technischer Fragen zur Engagementförderung. Selbstverständlich geht es auch um engagementförderliche Regularien, aber **Bürgergesellschaft benötigt auch dringend eine belastungsfähige soziale Infrastruktur**. Fragen diskriminierender Ungleichbehandlung gehören auf die Tagesordnung. Der institutionalisierte Diskurs innerhalb der Bürgergesellschaft darf sich nicht mehr länger darauf beschränken, neue Fördermöglichkeiten für das bürgerschaftliche Engagement zu diskutieren, wenn die Bürgergesellschaft in ihren Fundamenten massiv beschädigt wird. In diesen Diskussionen dürfen auch Konflikte nicht länger gescheut werden. Wir werden um eine **Wertediskussion** nicht herumkommen. **Denn bei der Bürgergesellschaft geht es um ein wertorientiertes Politikkonzept. Dabei brauchen wir nicht nur eine neue Selbstverständnisdiskussion im Verhältnis von Staat und Bürgern, sondern auch eine neue Selbstverständlichkeit, dass der Kapitalismus einer institutionellen Regulierung bedarf.** Die Massenproteste vom 1. November 2003 und vom 3. April 2004 haben gezeigt, dass die Menschen sich Alternativen zur derzeitigen Politik und zu den derzeitigen öko-

Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

Nachtigall, ick hör dir trapsen: Von solchen Entwürfen ist auch die Bürgergesellschaft tangiert. Sie wird offenbar als **bloße Ressource begriffen, die es im Interesse der Innovation zu kolonialisieren gilt, und als Ressource für eine radikale Individualisierung und Verlagerung von gesellschaftlicher Verantwortung auf die Einzelnen**. Teilen wir diese Entwicklungsperspektive für die Bürgergesellschaft?

nomischen Verhältnissen wünschen. Diese Verantwortung müssen wir als Bürgergesellschaft annehmen.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement könnte in Deutschland für derartige Diskussionen gar kein so schlechter Ort sein: Mir scheint, dass die Mehrzahl der im BBE vertretenen Verbände des bürgerschaftlichen Engagements belastbar für eine Haltung der Solidarität eintreten. Ich bin deshalb dafür, uns nicht im Kleinklein von Regelungsvorschlägen zur Ehrenamtsförderung zu verlieren, sondern politisch im Sinne der Bürgergesellschaft zu agieren. Wir sind damit Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und Anwalt der solidarischen Bürgergesellschaft.

Zum Autor

Michael Sommer ist seit 2002 Vorsitzender des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit langem ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements sowie der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von Dr. Michael Bürsch, MdB (Vorsitzender der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages) und koordiniert von Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Konzeptskizzen, Progress Reports, Ergebnisse der Plenardebatten und Sitzungen der Arbeitsgruppen sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert. Die Publikationen sind abzurufen unter www.fes.de/buergergesellschaft - „Analysen“ - „Analysen des Arbeitskreises“ oder unter http://www.fes.de/library/ask_digbib.html.

Publikationen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

09 / Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft

von Michael Sommer

08 / Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik

von Jochen Welt, MdB

07 / Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je

von Michael Rogowski

06 / Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements

von Konrad Hummel

05 / Bürgergesellschaft als reformpolitisches Leitbild

von Wolfgang Thierse, MdB

04 / Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland

von Alexander Thumfart

03 / Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung

von Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

02 / Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten

von Achim Trube

01 / Leitbild Bürgergesellschaft – reformpolitische Orientierungen für Staat und Gesellschaft

von Michael Bürsch, MdB

Sonstige Publikationen des Arbeitskreises

Netzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Roland Roth unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn 2003, 84 Seiten

Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien. Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Plaf, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten

Die Planungszelle – Zur Praxis der Bürgerbeteiligung. Demokratie funkelt wieder. Peter C. Dienel, Bonn 2002, 20 Seiten

Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste. Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten

Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat. Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten

Gewerkschaften und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeitswelt. Kurzanalyse von Josef Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Schönstein, Bonn 2002, 28 Seiten

Bürgerschaftliches Engagement und Gewerkschaften. Kurzanalyse von Jürgen Wolf, Bonn 2002, 25 Seiten

Bürgerkommune konkret – Vom Leitbild zur Umsetzung. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis von Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Bonn 2002, 44 Seiten